

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
Einleitung	19
Erster Teil: Feststellung einer mittelbar geschlechtsspezifischen Wirkung	25
A. Geschlechtsneutrale Regelung	25
B. Unterschiedliche Betroffenheit	26
I. Geschlechtsspezifische Wirkung	26
II. Gruppenbildung mit Hilfe des Differenzierungskriteriums	29
III. Berücksichtigung weiterer Kriterien bei der Gruppenbildung	30
IV. Aussagekraft der Ergebnisse – statistische Signifikanz	33
Zweiter Teil: Die Auslegung des Art. 3 Abs. 2 und 3 GG durch die Literatur und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	35
A. Finalitätserwägungen	35
B. Begründungsverbot	36
C. Umgekehrtes Willkürverbot	37
D. Asymmetrische Ansätze	39
E. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	42
F. Das Verbot der mittelbaren Diskriminierung in der Literatur	44
Dritter Teil: Die Bedeutung des Differenzierungsverbotes in der Systematik des Art. 3 Abs. 2 und 3 GG	46
A. Art. 3 Abs. 2 Satz 1 GG als verfassungsrechtliche Zielvorgabe	47

I.	Art. 3 Abs. 2 Satz 1 GG und Gleichheitskonzepte	47
1.	Art. 3 Abs. 2 Satz 1 GG und der allgemeine Gleichheitssatz	48
2.	Art. 3 Abs. 2 Satz 1 GG als Ausdruck der Rechtsgleichheit	54
3.	Art. 3 Abs. 2 Satz 1 GG als Ausdruck von Chancengleichheit	54
4.	Art. 3 Abs. 2 Satz 1 GG als Ausdruck von Ergebnisgleichheit	55
II.	Auslegung des Art. 3 Abs. 2 Satz 1 GG im Sinne von Chancengleichheit	56
1.	Auslegung nach dem Wortlaut	56
2.	Entstehungsgeschichte des Art. 3 Abs. 2 Satz 1 GG	57
3.	Systematische Auslegung	60
4.	Objektiv-teleologische Auslegung	62
III.	Ergebnis	63
B.	Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG als Staatszielbestimmung	63
I.	Bedeutung der Staatszielbestimmung	64
II.	Objektiv-rechtlicher Charakter des Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG	65
III.	Das Verhältnis von Art. 3 Abs. 2 Satz 1 und 2 GG	66
IV.	Das Verhältnis des Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG zu anderen Normen der Verfassung	67
V.	Justitiabilität von Staatszielbestimmungen – zur Frage der gerichtlichen Prüfungsintensität	69
VI.	Wirksamwerden des Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG	70
1.	Gerichtliche Durchsetzungsmechanismen	70
2.	Außergerichtliche Durchsetzung	71
C.	Reichweite des Differenzierungsverbotes aus Art. 3 Abs. 3 Satz 1 i. Alt. GG	71
I.	Das Verbot direkter Differenzierungen	72
II.	Das Verbot der mittelbaren Diskriminierung	72
1.	Wortlautauslegung	72
2.	Entstehungsgeschichte des Art 3 Abs. 3 GG	73
3.	Systematische Auslegung	74
4.	Objektiv-teleologische Auslegung	77
III.	Zusätzliche Einschränkungen des Schutzbereichs bei mittelbaren differenzierendem Recht?	79

1. Grad der unterschiedlichen Betroffenheit – wesentlich größere Betroffenheit	79
2. Nicht anders als mit dem Geschlecht zu erklären – Kausalität	81
IV. Ergebnis	82
D. Die Rechtfertigung eines Eingriffes in das Differenzierungsverbot	83
I. Kollidierendes Verfassungsrecht	84
1. Art. 2 Abs. 2 GG	84
2. Förderungsgebot, Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG	86
3. Kompensation, Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG	87
4. Andere Grundrechte	88
II. Zulässigkeit weiterer Rechtfertigungsgründe	90
1. Wortlaut des Art. 3 Abs. 3 Satz 1 1. Alt GG	91
2. Systematische Auslegung	91
3. Objektiv-teleologische Auslegung	94
III. Verhältnismäßigkeitsprüfung	97
IV. Ergebnis	100
E. Ergebnis	101
Vierter Teil: Die Richtlinie 79/7/EWG zur schrittweisen Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherheit	105
A. Unmittelbare Anwendbarkeit der Richtlinie	105
B. Anwendungsvorrang des Gemeinschaftsrechts	106
C. Anwendungsbereich der Richtlinie	108
I. Persönlicher Anwendungsbereich, Art. 2	108
II. Sachlicher Anwendungsbereich, Art. 3	112
1. Geschützte Risiken, Art. 3 Abs. 1 Buchstabe a	112
2. Sozialhilferegelungen, Art. 3 Abs. 1 Buchstabe b	112
3. Abgrenzung staatlicher Systeme der sozialen Sicherheit von betrieblichen Systemen	113
III. Ausschlüsse und Ausnahmen	114

1. Generelle Ausschlüsse vom Anwendungsbereich nach Art. 3 Abs. 2 der Richtlinie	114
2. Bestimmungen zum Mutterschutz, Art. 4 Abs. 2 der Richtlinie	114
3. Ausnahmen nach Art. 7 der Richtlinie	116
D. Das Diskriminierungsverbot in Art. 4 Abs. 1 der Richtlinie	121
I. Der Grundrechtscharakter des Diskriminierungsverbots	122
II. Das Verbot der direkten Diskriminierung	123
III. Das Verbot der mittelbaren Diskriminierung – das Kriterium der objektiven Rechtfertigung	128
1. Die objektive Rechtfertigung als Element der Rechtfertigungsprüfung	129
2. Elemente der Verhältnismäßigkeitsprüfung	130
a. Feststellung der kollidierenden Ziele und Legitimität der Ziele	130
b. Geeignetheit und Erforderlichkeit	132
c. Angemessenheit	133
3. Ergebnis	136
4. Erklärungsansätze für die Zurückhaltung des EuGH	136
a. Fehlende Ermächtigungsgrundlage	137
b. Subsidiaritätsprinzip	140
c. Differenzierte Anforderungen auf Grund des Charakters der diskriminierenden Maßnahme?	140
d. Sozialpolitik als Sache der Mitgliedstaaten	142
e. Ergebnis	144
IV. Rechtsfolge: Gewährung der Leistung auch bei Nichterfüllung des mittelbar diskriminierenden Kriteriums	147
1. Erstreckung der Leistung auf die bisher ausgeschlossene Personengruppe	147
2. Unvereinbarkeitserklärung und Übergangsfristen	148
3. Zeitliche Wirkung des Urteils – Begrenzung der Rückwirkung durch den EuGH	150
4. Ausschlussfristen des nationalen Verfahrensrechts	151
5. Verbot der Anpassung durch verschlechternde Regelungen für die Zukunft?	151
6. Schadensersatz wegen fehlerhafter Umsetzung der Richtlinie	152
E. Ergebnis	154

Fünfter Teil: Das Verbot der mittelbaren Diskriminierung in der Richtlinie 79/7/EWG und in Art. 3 Abs. 3 Satz 1 1. Alt. GG am Beispiel der Alterssicherung	158
A. Die Alterssicherung in der Bundesrepublik Deutschland in der gesetzlichen Rentenversicherung	158
I. Grundkonzeption der Rentenversicherung: Absicherung der Frauen über abgeleitete Renten des Ehemannes	158
II. Die Bedeutung des Äquivalenzprinzips	163
1. Enge Koppelung der Rentenhöhe an die gezahlten Beiträge	164
2. Verzicht auf eine Mindestrente	165
3. Rentenbeiträge und Beitragsbemessungsgrenze	166
III. Auswirkungen der Gesamtleistungsbewertung, § 71 SGB VI	168
IV. Privilegien für langjährig Versicherte	169
V. Geringfügig Beschäftigte	172
VI. Kompensationsmechanismen zugunsten von Frauen	174
1. Rente nach Mindesteinkommen	174
2. Kindererziehungszeiten, §§ 56, 70 Abs. 2 SGB VI	175
3. Berücksichtigungszeiten, § 57 SGB VI	177
4. Höherbewertung der Beitragszeiten bei Kindererziehung, § 70 Abs. 3a SGB VI	178
VII. Witwen- und Witwerrenten	183
1. Optionsmodell	184
a. Unterhaltersatzmodell	184
b. Splittingmodell	185
2. Bewertung	186
B. Anwendung des Verbots der mittelbaren Diskriminierung auf das Beispiel der Alterssicherung	190
I. Grenzen des Verbots der mittelbaren Diskriminierung – Tatbestandsseite	191
1. Außerhalb des Sozialrechts liegende Umstände	191
a. Umstände außerhalb des Rechts	191
b. Ausgestaltung des Ehegattensplittings	191
c. Unzureichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten	193
2. Nicht überprüfbare Ausgestaltungen des Sozialrechts	193
a. Differenzierungen innerhalb der Gruppe der Frauen	193
b. Verzicht auf Maßnahmen des sozialen Ausgleichs	195
II. Grenzen des Verbots der mittelbaren Diskriminierung – Rechtfertigung	195

1. Rechtfertigung einzelner Differenzierungen	195
a. Zugangsbeschränkung – geringfügig Beschäftigte	197
(1) Berechnung der Wartezeit bei geringfügiger Beschäftigung	198
(2) Ausschluss der geringfügig Beschäftigten von der Versicherungspflicht	200
b. Gesamtleistungsbewertung	205
c. Besondere Vergünstigungen – Altersrente für langjährig Versicherte	207
C. Fazit	210
 Zusammenfassung der Ergebnisse	 216
 Literaturverzeichnis	 223